

PHANTASIALAND

Große Mehrheit für die große Lösung

Von Alexandra Ringendahl, 14.10.11, 16:19h, aktualisiert 14.10.11, 17:45h

Der Regionalrat hat sich mit großer Mehrheit für eine Erweiterung des Phantasialandes um 28 Hektar ausgesprochen. Zahlreiche Gegner kündigten bereits Proteste an. Außerdem will das Umweltministerium den Plänen nicht zustimmen.



Im ersten Erweiterungsschritt geht es um die Parkplatzflächen im Vordergrund und das Naturschutzdreieck Ententeich zwischen Autobahn und Landstraße (siehe Skizze, Schnorrenberg). Dann soll eine zehn Hektar große Fläche jenseits der Landstraße (im Bild ganz oben) folgen. Bild: Beissel (Bild: Udo Beißel)

BRÜHL Der Regionalrat hat mit großer Mehrheit das Verfahren zur Erweiterung des Phantasialandes auf den Weg gebracht. CDU, SPD, FDP und Freie Wähler votierten für den Erarbeitungsbeschluss der Westalternative D. Diese von der Bezirksregierung vorgeschlagene Variante sieht eine Erweiterung des Freizeitparks in zwei Schritten um insgesamt 28 Hektar vor. Das würde die Rodung von rund 20 Hektar Staatswald bedeuten. Im ersten Schritt sollen eine kleine Fläche im Osten und das 13 Hektar große Naturschutzgebiet Ententeich an der A 553 überplant werden. Im zweiten Schritt soll eine zehn Hektar große Waldfläche im Landschaftsschutzgebiet westlich der Landstraße L 194 folgen.

Waldverkauf abgelehnt

Die Realisierung dieser Erweiterungsvariante scheint allerdings auf absehbare Zeit nicht möglich: Eine Zustimmung zum dafür nötigen Verkauf von Staatswald hat Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) bislang unter Verweis auf den Koalitionsvertrag ausgeschlossen. Daher wollten CDU, SPD, FDP am Freitag mit ihrem mit großer Mehrheit beschlossenen Antrag auf Waldaustausch zwischen Staatswald und privatem Wald Bewegung in die Debatte bringen. Die vom Phantasialand zur Verfügung gestellte private Waldfläche soll laut Antrag größer sein als die geopferte Staatswaldfläche. Die Stadt soll nun zügig und transparent die Ausgleichsflächen ausweisen. Aus dem Umweltministerium kam dazu allerdings schon im Vorfeld der Sitzung ein klares Nein.

Trotzdem gaben sich die Vertreter der Mehrheit im Regionalrat optimistisch: Das Ergebnis des Verfahrens werde sowohl dem Phantasialand als auch der Stadt Brühl nach acht Jahren Regionalratsdiskussion endlich Planungssicherheit geben, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende Stefan Götz. Die favorisierte Variante sei diejenige, die die Konflikte am besten minimiere. Rot-Grün in Düsseldorf sei „nicht auf ewig gewählt“. Bis zur Umsetzung der Erweiterung werde ohnehin noch viel Zeit vergehen. „Da kann man keine Rücksicht auf aktuelle Koalitionsaussagen nehmen.“ Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Joachim Bubacz betonte, Unternehmen hätten „ein Recht auf Expansion“. In diesem konkreten Fall habe der Umweltbericht klar belegt, dass der Eingriff in die Natur ausgleichbar sei. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Rudolf Finke erläuterte, dass es sich ja noch nicht um eine endgültige Entscheidung, sondern um einen Erarbeitungsbeschluss handele. Nun werde zunächst intensiv mit allen Betroffenen gesprochen.

Der Fraktionsvorsitzende der Grünen sprach von einem „Fantasieantrag“, dessen Umsetzung auf absehbare Zeit utopisch sei. „Hier wird die Planung über Grundstücke vorangetrieben, die nicht zur Disposition stehen.“ Das sei genau das Gegenteil von Planungssicherheit. Die Grünen hatten in der Sitzung einen Kompromissantrag eingebracht. Dieser sieht eine Beschränkung der Ausdehnung auf auf den ersten Erweiterungsabschnitt, also auf eine Fläche von insgesamt etwa 18 Hektar im Osten und rund um das Naturschutzgebiet Ententeich vor. Dem dafür erforderlichen Waldaustausch zwischen öffentlichem und privatem Wald sollte zugestimmt werden, wenn alle Beteiligten „dauerhaft“ auf eine Erweiterung des Phantasialands jenseits der Landstraße in den dortigen Staatswald verzichten. Dies müsse das Phantasialand vertraglich zusichern. Beu sprach von einer „ausgestreckten Hand“ und dem weitestgehenden Kompromissangebot, das die Grünen machen könnten.

Aufgrund der engen Abstimmung der Grünen mit dem NRW-Umweltministerium ist davon auszugehen, dass dieser Kompromiss auch von Umweltminister Remmel mitgetragen würde. Der Antrag fand jedoch lediglich die Zustimmung der Grünen und der Linken. Beu äußerte daraufhin sein Befremden darüber, dass die SPD nun ein „neues Grundrecht auf Expansion ausruft“. Seiner Auffassung nach werde man von Bürgern gewählt für eine gerechte Abwägung von Interessen und nicht dazu, ein Expansionsrecht für Unternehmer zu realisieren. Wer sich so kompromissunfähig zeige, müsse sich nicht wundern, wenn dann auch selbst Waldflächen im Naturschutzgebiet Ententeich nicht mehr zur Verfügung ständen, hatte Beu bereits im Vorfeld vielsagend angekündigt. Im nächsten Schritt folgt nun eine dreimonatige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange. Erst danach folgt der endgültige Aufstellungsbeschluss. Die Reaktion der Bürgerinitiativen und Vereine vor Ort war deutlich und lässt einen breit angelegten Protest erwarten. Doris Linzmeier von der Initiative 50 000 Bäume sprach von „Volksverdummung“ und bezeichnete das Verfahren als „Farce“. Es zeuge von einer „Maßlosigkeit sondergleichen“, da es einseitig auf die Expansion eines Unternehmens ausgerichtet sei. Sie rief alle interessierten Bürger zur aktiven Beteiligung an dem beginnenden Verfahren auf.

„Mehr Lärm“

Auch der Naturschutzbund Rhein-Erft kündigte an, man werde den Protest gegen die Erweiterungspläne engagiert weiterführen. Der Vorsitzende des Bürgervereins „Bovivo“, Michael Müller, sagte: „Wer solche Politiker hat, braucht keine Feinde mehr.“ Die Erweiterung in Richtung Osten bringe für die die Bürger Lärmbelästigungen von bis zu 58 Dezibel mit sich. Dies sei im Umweltbericht dokumentiert. Dabei gebe es inzwischen Gerichtsurteile, die einen maximalen Grenzwert von 50 Dezibel vorsähen. Der Verein sei entschlossen, eine zusätzliche Lärmbelästigung zu verhindern. „Notfalls auf dem Klageweg.“ Das Phantasialand begrüßte dagegen den Beschluss des Regionalrats und zeigte sich zuversichtlich, dass die Änderung des Regionalplans im nächsten Frühjahr beschließen werde.

.....
<http://www.rhein-erft-online.ksta.de/jreo/artikel.jsp?id=1318454538051>

Copyright 2011 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.